

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat II, Amt für Stadtentwicklung und Statistik

**Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg -
quantitative Ergebnisse - Entwurf
September 2007**

Informationsvorlage

Beschlusslauf
Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 28. Dezember 2007

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Sozialausschuss	09.10.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	23.10.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Ausländerrat/Migrationsrat	13.11.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Jugendgemeinderat	21.11.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Jugendhilfeausschuss	29.11.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	20.12.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Vom Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg und dem weiteren Vorgehen wird Kenntnis genommen.

Sitzung des Sozialausschusses vom 09.10.2007

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses vom 09.10.2007

1.1 ö **Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg - quantitative Ergebnisse - Entwurf September 2007**

Informationsvorlage 0129/2007/IV

Die Mitglieder des Sozialausschusses nehmen den Inhalt der Vorlage zur Kenntnis.

Anschließend melden sich zu Wort:

Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Emer, Stadträtin Bock, Stadtrat Prof. Dr. Sonntag, Stadtrat Holschuh, Stadtrat Weirich, Stadträtin Dr. Schuster, Frau Kang, Bürgermeister Erichson, Stadtrat Kilic

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz stellte folgenden **Antrag**:

1. Die Frau Oberbürgermeisterin erstellt im Rahmen dieses Berichtes quartiers- oder stadtteilbezogene kartografische Darstellungen zu
 - Arbeitslosigkeit in Heidelberg (Aktualisierung der Darstellung von 2002)
 - Anteil der Bürger, die monatlich einen Zuschuss zur Miete erhalten
 - Anteil der Bürger, die laufend Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten
 - Anteil an Grundschulern, die nach der 4. Klasse auf die Hauptschule wechseln
 - Anteil der Bürger ausländischer Herkunft ohne deutschen Pass
2. Der Gemeinderat begrüßt, dass die Mitarbeiter des Dekanats und des Dekanatsrates der katholischen Kirche in einem Beschluss zu „Armut in Heidelberg“ (Frühjahr 2004) auf das zunehmende Problem der neuen Armut hingewiesen haben. Diese Erklärung wird als Anhang in den Bericht übernommen.

Im Verlaufe der Beratung zieht Herr Dr. Weiler-Lorentz Punkt 1 des o. g. Antrages zurück, will jedoch Punkt 2 aufrechterhalten.

Bürgermeister Dr. Gerner sagte zu, dass der Beschluss des Dekanatsrates der katholischen Kirche in den Bericht übernommen wird.

Über den Antrag wurde nicht abgestimmt.

Stadtrat Emer stellte für die SPD-Gemeinderatsfraktion folgenden **Antrag**:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Erhebung/Studie über die Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Heidelberg in Auftrag zu geben.

Begründung:

Im Bericht zur sozialen Lage wird mehrfach darauf verwiesen, dass eine gesonderte Analyse für Menschen mit Migrationshintergrund aufgrund des Fehlens entsprechenden Datenmaterials nicht möglich ist. Dem soll mit Hilfe einer entsprechenden Ersterhebung Abhilfe geschaffen werden.

Dr. Gerner stellte den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Stadtrat Emer stellte für die SPD-Gemeinderatsfraktion folgenden **Antrag**:

Sozialpatenschaften – Bedarfsprüfung

Begründung:

Die Stadtverwaltung soll prüfen, ob nach den Erhebungen zum Bericht zur Sozialen Lage die Initiierung eines Projekts Sozialpatenschaften nach Augsburger Vorbild (siehe: http://www.augsburg.de/Seiten/augsburg_d/soziales/buendnis/buendnis_u/buendnis_fuer_augsburg/buendnis.fuer_augsburg.htm) sinnvoll und notwendig ist.

Dr. Gerner stellte den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 9 : 0 : 4 Stimmen angenommen

Stadträtin Bock stellte für die GAL-Grüne-Gemeinderatsfraktion folgenden **Antrag**:

I. Die Vorlage wird ergänzt auf Seite 3.7. Zeile 1 ff:

Der bisherige, projektbegleitende Arbeitskreis wird ... unter der gemeinsamen Leitung von Dezernat III und IV, in gleicher Zusammensetzung...

II. Die Verwaltung wird aufgefordert, spätestens zum zweiten Quartal 2008 erste konkrete – stadtteilbezogene, gruppen- und betroffenen spezifische Maßnahmen und Handlungsoptionen vorzustellen, die wirksam Armut und sozialer Ausgrenzung vorbeugen und sie bekämpfen. (z. B. Bereich Kinderarmut, Migration, Integration von Langzeit- und jugendlichen Arbeitslosen, Einelternfamilien, bezahlbarer Wohnraum etc. ...)

III. Die Verwaltung wird aufgefordert, schnellstmöglich eine verständliche Broschüre mit Informationen über Wohngeld herauszugeben. Diese sollte in den Bürgerämtern ausliegen und auch in übersetzter Form (z. B. türkisch, arabisch, russisch...) vorliegen.

In der anschließenden Diskussion wurde festgestellt, dass Ziffer I des Antrages in die Zuständigkeit der Verwaltung bzw. des Oberbürgermeisters fällt.

Zu Ziffer III sagte Dr. Gerner zu, dass sich die Verwaltung darum kümmern wird, ob bzw. in welchen Sprachen es Wohngeldbroschüren bereits gibt. Darüber hinaus wird die Verwaltung eine Kalkulation aufstellen, welche Kosten ggf. für entsprechende Übersetzungen entstehen würden und welche anderen Broschüren evtl. noch als Service für ausländische Menschen übersetzt werden könnten.

Die Verwaltung wird darüber in einer der nächsten Sitzungen berichten.

Ziffer II des Antrages stellte Dr. Gerner zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 9 : 2 : 2 Stimmen angenommen.

gez.

Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 23.10.2007

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 23.10.2007

- 1 ö **Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg - quantitative Ergebnisse - Entwurf September 2007**
Beschlussvorlage 0129/2007/IV

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Emer, Stadtrat Holschuh, Frau Kilic vom Ausländerrat/Migrationsrat

Oberbürgermeister Dr. Würzner informiert, dass auf der Grundlage der Ergebnisse des Berichts zur Sozialen Lage, in einem zweiten Schritt, ein Handlungskonzept erarbeitet werden soll.

Auf Nachfrage sagt er zu, dass auch der geplante Ausschuss „Integration und Chancengleichheit“ mit dem Thema befasst wird, sobald dieser eingerichtet ist.

Oberbürgermeister Dr. Würzner sagt auf Nachfrage zu, die Ergebnisse des kürzlich herausgegebenen Familienatlases der Prognos AG für Heidelberg auszuwerten und die zuständigen Ausschüsse durch eine entsprechende Vorlage zu informieren.

gez.
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 13.11.2007

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Jugendgemeinderates vom 21.11.2007

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 29.11.2007

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 20.12.2007

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 20.12.2007:

- 4 **Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg**
- quantitative Ergebnisse- Entwurf September 2007
Informationsvorlage 0129/2007/IV

Bürgermeister Dr. Gerner führt in den Bericht ein und stellt die Schwerpunkte „Bildung“, „Wohnung“ und „Arbeit“ heraus.

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Holschuh, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Schröder-Gerken, Stadtrat Emer, Stadtrat Winterbauer, Stadtrat Prof. Dr. Sonntag

Es folgen kurze Meinungsäußerungen zu dem vorgelegten Bericht.

Erster Bürgermeister Prof. Dr. von der Malsburg sagt zu, dass die im Sozialausschuss zugesagten bzw. beschlossenen Anträge von der Verwaltung übernommen werden:

Der Gemeinderat begrüßt, dass die Mitarbeiter des Dekanats und des Dekanatsrates der katholischen Kirche in einem Beschluss zu „Armut in Heidelberg“ (Frühjahr 2004) auf das zunehmende Problem der neuen Armut hingewiesen haben. Diese Erklärung wird als Anhang in den Bericht übernommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Erhebung/Studie über die Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Heidelberg in Auftrag zu geben.

Sozialpatenschaften – Bedarfsprüfung

II. Die Verwaltung wird aufgefordert, spätestens zum zweiten Quartal 2008 erste konkrete – stadtteilbezogene, gruppen- und betroffenen spezifische Maßnahmen und Handlungsoptionen vorzustellen, die wirksam Armut und sozialer Ausgrenzung vorbeugen und sie bekämpfen. (z. B. Bereich Kinderarmut, Migration, Integration von Langzeit- und jugendlichen Arbeitslosen, Einelternfamilien, bezahlbarer Wohnraum etc. ...)

III. Die Verwaltung wird aufgefordert, schnellstmöglich eine verständliche Broschüre mit Informationen über Wohngeld herauszugeben. Diese sollte in den Bürgerämtern ausliegen und auch in übersetzter Form (z. B. türkisch, arabisch, russisch...) vorliegen.

Der Bericht wird im neu zu gründenden Ausschuss „Integration und Chancengleichheit“ beraten.

gez.
Prof. Dr. Raban von der Malsburg
Erster Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern Begründung: Um die bestehenden Handlungsansätze zur Überwindung von Benachteiligungen zu optimieren und fortzuentwickeln, ist eine umfassende Information über die soziale Lage in Heidelberg notwendig

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine



II. Begründung:

Am 2. August 2006 beschloss der Gemeinderat aufgrund einer Anregung der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und des Ausländer-/Migrationsrates sowie eines Antrages aus den eigenen Reihen mit dem Handlungskonzept zum Demographischen Wandel einen „Bericht zur sozialen Lage“ erstellen zu lassen. Dieser Bericht soll alle drei Jahre wiederholt werden. (DS 0232/2006/BV)

Im Frühjahr dieses Jahres wurde in den oben genannten Gremien bereits ein erster Zwischenbericht gegeben, bei dem auch die Vorgehensweise erläutert wurde. (DS 0062/2007/IV).

Die Arbeit am Bericht wurde von einem Arbeitskreis unter der Leitung von Bürgermeister Dr. Gerner begleitet. Dort waren neben dem Amt für Soziales und Senioren, dem Kinder- und Jugendamt, dem Bürgeramt und dem Amt für Chancengleichheit auch die Geschäftsführer/innen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, ein Vertreter des Jobcenters und der GGH sowie eine Vertreterin des Ausländer-/ Migrationsrates und des Bildungs- und Beratungszentrums für behinderte Frauen und Mädchen vertreten. Die Koordination lag beim Amt für Stadtentwicklung und Statistik. Der Arbeitskreis wird auch weiterhin zur Begleitung der Umsetzung der zu treffenden Maßnahmen bestehen bleiben.

Der Bericht zur Sozialen Lage informiert differenziert nach Stadtteilen und – soweit möglich – sozialen Gruppen über die aktuelle soziale Lage in Heidelberg. Berichtsjahr – soweit nicht anders angegeben – ist das Jahr 2005, das erste Jahr nach der Reform des Sozialgesetzbuches. Aus Gründen der Vergleichbarkeit der Heidelberger Zahlen mit den anderen Stadtkreisen Baden-Württembergs wurde einheitlich die amtliche Einwohnerzahl des Statistischen Landesamtes zugrunde gelegt.

Derzeit werden ergänzend zur quantitativen Analyse eine Reihe von Interviews mit Betroffenen durchgeführt. Auch wurden 18 Heidelberger Institutionen, die sich für benachteiligte Menschen in Heidelberg engagieren, aufgefordert, eine Situationsbeschreibung zum Thema Armut aus ihrer Sicht abzugeben. Nach Abschluss der Diskussion ist vorgesehen, die vorliegenden quantitativen Ergebnisse zusammen mit den Stellungnahmen und anonymisierten Interviews zu veröffentlichen.

1) Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Ende 2005 wohnten rund 143.000 Menschen in Heidelberg. Davon waren rund 75.500 Frauen (52,8 %) und 67.500 Männer (47,8 %). Rund 38.000 Einwohner oder 27 % hatten einen Migrationshintergrund, darunter knapp 24.000 Personen (16,7 %) mit einem ausländischen Pass. Die Universitätsstadt Heidelberg hat eine vergleichsweise junge Bevölkerung mit einem Durchschnittsalter von 40,9 Jahren. Fast jeder Vierte war jünger als 25 Jahre. Älter als 64 Jahre war jeder Sechste. An den Heidelberger Hochschulen studierten im Wintersemester 2005/2006 rund 33.600 junge Menschen, schätzungsweise ein gutes Drittel von ihnen wohnte auch in Heidelberg, d.h. etwa 12.000 Studierende, darunter etwa 3.500 ausländische. Rund 9 Prozent der Einwohner/innen haben einen gültigen Schwerbehindertenausweis (13.000 Personen), weitere rund 5.000 einen Behinderungsgrad von weniger als 50%. Insgesamt leben mindestens 18.000 Menschen mit Behinderungen in Heidelberg.

In der Stadt der Wissenschaften haben Ein-Personen-Haushalte ein deutliches Übergewicht. Über 60 % der Heidelbergerinnen und Heidelberger leben alleine oder in sogenannten nichtehelichen Lebensgemeinschaften. In den ca. 79.400 Haushalten lebten im statistischen Mittel nur 1,8 Personen. Ein knappes Viertel sind Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (18.400 Haushalte). Lediglich in 16 von 100 Haushalten (12.900 Haushalte) leben Kinder unter 18 Jahren. Unter ihnen überwiegen jene mit einem Kind. Kinderreichtum beginnt in Heidelberg bereits bei zwei Kindern. In fast einem Drittel der Haushalte mit Kindern gab es Ende 2005 nur einen Erziehungsberechtigten (4.000 Haushalte).

2005 waren in Heidelberg rund 11.600 Einwohner/innen armutsgefährdet

Rund acht Prozent der Heidelberger/innen sind arm oder armutsgefährdet. Die Gesamtzahl beläuft sich auf 11.600 Personen (8,1 %), darunter sind rund 2.700 Kinder und Jugendliche. Von der Größenordnung her entspricht der Wert der Einwohnerzahl der Altstadt.

Damit kommen auf 1.000 Heidelberger/innen etwa 81 Armutsgefährdete, überwiegend Personen, die in extrem angespannten Einkommensverhältnissen leben müssen. Auch wenn es bezogen auf 1.000 Einwohner relativ wenige sind, verbergen sich doch hinter diesen Zahlen 11.600 Einzelschicksale und individuelle Härten.

Armut in Heidelberg im Städtevergleich auf niedrigem Niveau

Im Vergleich zu anderen Großstädten, dem Land und dem Bund bewegt sich Armut in Heidelberg auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Bei den Arbeitslosenzahlen, den Arbeitslosengeld I- und Arbeitslosengeld II-Bezieher/innen weist die Stadt bezogen auf 1.000 Einwohner/innen im betreffenden Alter niedrige Werte auf. Unter den Großstädten Baden-Württembergs nimmt die Universitätsstadt den Spitzenplatz ein. Bei den Grundsicherungsempfänger/innen im Alter liegt die Quote bezogen auf die über 18-Jährigen auf Platz drei. Auch ein Jahr nach der Hartz-IV-Reform konnte Heidelberg diesen Rang behaupten, den es 2004 beim Indikator „Sozialhilfedichte“ hatte.

Ausländer/innen und Alleinerziehende tragen das höchste Armutsrisiko

Die Datenlage reichte nicht aus, um für alle sozialen Gruppen fundierte Aussagen zu machen. Auffällig waren jedoch die deutlich geringeren Teilhabechancen in vielen Lebenslagen bei den Ausländer/innen und Alleinerziehenden. Hier unterscheidet sich Heidelberg leider nicht positiv von den Befunden in anderen Studien. Bedenkt man, dass 15 % der hier lebenden Ausländer/innen Studierende sind, die weder in den Arbeitsmarkt integriert werden müssen noch in der Sozialstatistik auftauchen, dann sind diese Ergebnisse umso bedenklicher. In mehreren Lebenslagen benachteiligt sind vor allem Asylbewerber/innen, Geduldete und Obdachlose. Auch wenn es für die erstgenannte Gruppe nur ein vorübergehender Zustand ist, sind Personen im Asylverfahren und Obdachlose diejenigen mit den geringsten Teilhabechancen in der Stadt.

Das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen ist doppelt so hoch wie bei älteren Menschen

Kinder und Jugendliche haben auch in Heidelberg, wie in der Bundesrepublik allgemein, das höchste Risiko, armutsgefährdet zu sein. Für Kinder und Jugendliche ist es mehr als doppelt so hoch wie für ältere Menschen. Auch wenn die Schätzungen Unschärfen enthalten, so bleibt festzuhalten, dass fast jedes siebte Kind unter 16 Jahren in Heidelberg arm oder armutsgefährdet ist. Hier unterscheidet sich Heidelberg nicht von den im ersten Kapitel erwähnten Landesergebnissen der Studie „Leben in Europa“ oder vom Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005 oder auch Städten wie München.

Armut in Heidelberg ist räumlich konzentriert und verfestigt sich

Obwohl das Armutsrisiko in Heidelberg im Vergleich zu den meisten anderen Großstädten deutlich geringer ist, gibt es unter den Stadtteilen, darunter wiederum in einzelnen Wohnquartieren, starke Unterschiede. Armut und Benachteiligung sind in Heidelberg auf wenige Stadtteile im südlichen Stadtgebiet konzentriert. Im Zeitvergleich nimmt die Zahl an armutsgefährdeten Personen zu. Der Riss durch die Gesellschaft droht, größer zu werden und sich zu verfestigen. Durch die starke Segregation in der räumlichen Verteilung besteht die Gefahr, dass Armut in Heidelberg nicht erkannt, verdrängt und von vielen Betroffenen schamhaft verschwiegen wird. Auch Kinderarmut ist räumlich im Stadtgebiet ungleich verteilt und nimmt zu.

Wohlstand in Heidelberg ist ungleich verteilt

Die Heidelbergerinnen und Heidelberger schätzen ihre wirtschaftliche Lage überwiegend als gut ein. Nur jeder zehnte Befragte bezeichnete die eigene wirtschaftliche Situation als schlecht. Alleinerziehende und Ausländer bewerten sie negativer als alle anderen Gruppen, Senioren am positivsten.

Auch in Heidelberg sind die Einkommen ungleich verteilt. Dies ist für unser Gesellschaftssystem nicht atypisch. Die 3,4 % Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen erzielen über ein Viertel aller Einkünfte. Das untere Viertel mit Einkommen bis zu 10.000 Euro im Jahr 2001 konnte im Gegensatz dazu nur zu 2,4 % der Gesamteinkünfte beitragen. Im Zeitvergleich nahm die Spreizung zu, weil sowohl die Zahl der Geringverdiener als auch die der Gutverdienenden angestiegen ist.

Heidelberger Wohnkosten enorme Belastung für einkommensschwache Haushalte

Bei den Wohngeldbeziehern liegt Heidelberg auf dem zweiten Platz unter den baden-württembergischen Stadtkreisen. Hier zeigt sich, dass die hohen Wohnkosten in Heidelberg für einkommensschwache Haushalte eine große Belastung darstellen. Zwei Drittel der Wohngeldempfänger-Haushalte können als armutsgefährdet eingestuft werden. Der unausgeglichene Heidelberger Wohnungsmarkt mit seinen starken räumlichen Disparitäten im Mietpreisniveau führt vor allem für Schwellenhaushalte zu zusätzlichen Belastungen. Dieser Faktor verstärkt die soziale Segregation, die unterschiedliche Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhaben voneinander trennt und bewirkt, dass Armut nur ungenügend wahrgenommen wird.

Bildungsniveau hoch, Bildungschancen sind jedoch unterschiedlich

Heidelbergs Schülerinnen und Schüler schließen mit im Landesvergleich den höchsten Anteilen an Gymnasien ab. Die staatlichen Hauptschulen in Heidelberg verließen 2006 nur 2,4 % aller Schüler/innen ohne Abschluss. Die Bildungschancen sind jedoch wie insgesamt im Bundesgebiet ungleich verteilt. Deutsche Kinder beenden die Schulzeit wesentlich häufiger mit dem Abitur in der Tasche als ausländische. In Haupt-, Sonder- und Förderschulen sind Ausländerkinder überproportional vertreten.

Langfristig hohe Sockelarbeitslosigkeit und Transferbedarf

Heidelbergs Wirtschaft hat sich im letzten Jahrzehnt überaus dynamisch entwickelt. Wissenschaft und Forschung nehmen dabei eine zentrale Stellung ein. Trotz der deutlichen konjunkturellen Belebung hat sich die Zahl an Personen, die auf Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) angewiesen sind, jedoch auf hohem Niveau verfestigt. Diese Menschen können den hohen Qualifikations- und Flexibilitätsanforderungen des Heidelberger Arbeitsmarktes nur in geringerem Maße entsprechen und sind daher nur schwer in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Es ist davon auszugehen, dass sie trotz gleichzeitig hoher Nachfrage nach besser qualifizierten Arbeitskräften einen langfristigen Unterstützungs- und Betreuungsbedarf haben werden.

Neue Risiken kommen hinzu

Bereits heute ist erkennbar, dass zukünftig weitere Armutsrisiken entstehen werden. So wird die Zahl älterer Menschen deutlich zunehmen, von denen auch infolge diskontinuierlicher Erwerbsbiografien sowie langandauernder Arbeitslosigkeit deutlich mehr Personen auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein werden. Ebenfalls zunehmen wird die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund. Bereits heute entspricht ihre Gesamtzahl (38.600) der Einwohnerzahl von der Altstadt, der Weststadt und von Neuenheim. Dies wird erhebliche Integrationsanstrengungen erforderlich machen.

Die Analyse zeigte erste Anzeichen dafür, dass auch der akademische Mittelstand von zumindest zeitweiliger Arbeitslosigkeit betroffen ist. So haben vielfach Frauen im Klinik- und Wissenschaftsbereich befristete Arbeitsverträge. Noch sind in Heidelberg von Überschuldung nur verhältnismäßig wenige Haushalte betroffen. Experten rechnen jedoch wegen der anhaltend ungünstigen Arbeitsmarktlage mit einer deutlichen Zunahme. In diesem Zusammenhang sind auch die gestiegenen Wohnnebenkosten zu berücksichtigen, die immer mehr einkommensschwache Haushalte vor finanzielle Probleme stellen.

2) Erste Schlussfolgerungen

In Abstimmung mit den Mitgliedern des projektbegeleitenden Arbeitskreises sollen im Folgenden erste Schlussfolgerungen dargestellt werden, im Hinblick auf Handlungsfelder und mögliche Strategieprioritäten. Dies soll den Einstieg in die politische Diskussion des Berichts zur Sozialen Lage erleichtern und diese strukturieren helfen.

Drei wesentliche Handlungsfelder

Im Vergleich zu anderen Großstädten, dem Land und dem Bund zeichnet der Bericht ein insgesamt günstiges Bild der sozialen Lage in der Stadt Heidelberg. Er enthält keine neuen, bisher unbekannt Problemstellungen, auf die mit Sofortmaßnahmen reagiert werden müsste.

Aus den Ergebnissen des Berichts zur Sozialen Lage, insbesondere im Hinblick auf die Struktur und die Entwicklung des lokalen Arbeitsmarkts, auf das steigende Armutsrisiko Alleinerziehender, auf die zunehmende Kinderarmut, auf die demographischen Veränderungen mit einer wachsenden Zahl von Personen mit Migrationshintergrund sowie im Hinblick auf die Situation und die Entwicklung auf dem Heidelberger Wohnungsmarkt, lassen sich drei Schlüsselbereiche oder Handlungsfelder ableiten, die entscheidend sind, wenn wir bei der sozialen Sicherung, bei Ausgleich und Partizipation und damit bei Teilhabe und Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger in Heidelberg voran kommen wollen. Es sind dies: Zugang zu Bildung, Zugang zum Wohnungsmarkt und Zugang zum Arbeitsmarkt.

Zugang zu Bildung

Gleicher Zugang zu Bildung ist die beste Prävention gegen Armut. Es kann auch in Heidelberg nicht hingegenommen werden, dass 4,7 % Prozent eines Altersjahrgangs keinen Berufsabschluss erreichen (bundesweit: 15 %); bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund sogar ein Drittel.

Die Betreuungsmöglichkeiten bereits für Kleinkinder auszubauen, sie mit Unterstützung des Gutscheinmodells für alle Eltern finanzierbar zu machen und dadurch eine frühe Aussonderung der Kinder im Bildungssystem zu vermeiden, ist in Heidelberg ein Ziel, dass intensiv verfolgt wird. Qualitativ wird seit diesem Jahr eine zentrale Fortbildungsreihe für alle Kindertagesstätten im Stadtkreis Heidelberg zur Implementierung des Orientierungsplanes Baden-Württemberg angeboten und ein starker Fokus auf die verschiedenen Entwicklungsfelder der Kinder, insbesondere auf die Sprachentwicklung, gelegt. So ist die Sprachförderung im Vor- und Grundschulbereich ein Garant für eine gelingende Integration. Weitere Möglichkeiten sind der ebenfalls in Angriff genommene Ausbau der Schülerbetreuung für Grundschüler und die Möglichkeit an allen Schulen ein Mittagessen einzunehmen. Ebenfalls hervorzuheben ist das im Schuljahr 2007/2008 umgesetzte neue Hauptschulkonzept sowie die Ganztagschulentwicklung, welche ebenfalls Auswirkungen im Bildungsbereich haben wird. All dies sind bildungsfördernde Maßnahmen, welche die Möglichkeiten zur Teilhabe schaffen oder erhöhen. Im Sinne dieses präventiven Ansatzes sollten auch zukünftig solche Maßnahmen fortlaufend entwickelt werden.

Zugang zum Wohnungsmarkt

Der Heidelberger Wohnungsmarkt ist einer der teuersten in der Bundesrepublik, Haushalte mit Niedrigeinkommen, die im baden-württembergischen Vergleich überdurchschnittlich vertreten sind, müssen einen hohen Prozentsatz ihres Einkommens für die Miete aufbringen. Arbeitslosigkeit und unverschuldete Notlagen, zum Beispiel durch Krankheit, familiäre Ereignisse wie Scheidung oder Geburten sind zusätzliche Belastungsfaktoren. Im schlimmsten Fall droht Wohnungsverlust; hiervon betroffen sind dieselben Gruppen, die bereits als Risikogruppen für Einkommensarmut bekannt sind: insbesondere kinderreiche Familien, allein erziehende Mütter und Väter sowie Kinder und Jugendliche.

Engagement auf dem Wohnungsmarkt fortsetzen

Die Defizite des Heidelberger Wohnungsmarktes verlangen weiterhin große Anstrengungen, wenn alle sozialen Gruppen gleichermaßen Zugang haben sollen. Neben der Sicherung der Hälfte des GGH - Wohnungsbestandes für Einkommensschwache, ist auch verstärktes Augenmerk auf die räumliche Verteilung dieses Angebotes zu richten.

Die zügige Verwirklichung der **Bahnstadt** mit ca. 2.500 Wohnungen und 7.000 Arbeitsplätzen ist für den Heidelberger Wohnungs- und Arbeitsmarkt von entscheidender Bedeutung. Mit einer sozial ausgeglichenen Bevölkerungsstruktur, mit Angeboten für unterschiedliche Milieus und Kulturen wird der neue zentrumsnahe Stadtteil einen weiteren wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wohnungsversorgung unterschiedlicher sozialer Gruppen leisten.

Mit der Fortschreibung des **Wohnungsentwicklungsprogramms** kann seit 2005 eine weitere Art gebundenen Wohnraums in Heidelberg entstehen.¹ Mit dem darin enthaltenen Baulandbeschluss werden künftig 20 % der neu hinzukommenden Wohnflächen in neu zu entwickelnden Gebieten als gebundener Wohnraum entstehen und nach sozialen Kriterien vergeben. Dieser Wohnraum ist für mittlere Einkommensbezieher vorgesehen, die sich als sogenannte Schwellenhaushalte auf dem Heidelberger Wohnungsmarkt schwer tun, da ihre Einkommen für den geförderten Wohnraum zu hoch sind, aber gleichzeitig zu niedrig, um die hohen Mieten² und Bodenpreise zahlen zu können.

1 Der Gemeinderat hat am 2.6.2005 (DS 0074/2005/BV) mit der Fortschreibung des Wohnungsentwicklungsprogramms einen Grundsatzbeschluss für ein Baulandmanagement gefasst.

2 Nebenkosten nehmen einen immer höheren Mietkostenteil ein. Um deren Entwicklung einschätzen zu können, ist die Einführung eines Nebenkostenmietspiegels überlegenswert.

Auf die fehlenden Angebote an bezahlbaren, barrierefreien Wohnungen hat die Stadt Heidelberg zwar bereits reagiert, die Angebote müssen jedoch deutlich erhöht werden. Dazu müssen auch private Investoren gewonnen werden. Die Wohnbauförderung bietet mit den Förderprogrammen „Barrierefreie Wohnungen“ Eigentümern und Vermietern, Bauherren und Investoren Finanzierungszuschüsse zur Herstellung von barrierefreien Wohnungen, sowohl im Eigentums- als auch im Mietwohnungsbereich, im Neubau sowie im Bestand.

Auch wenn die Versorgung älterer Menschen mit stationären, teilstationären und ambulanten Angeboten quantitativ stimmt, gilt es verstärkt auf Angebote zu achten, die sich auch geringer Verdienende leisten können. Gerade im Bereich des betreuten Wohnens oder bei neuen Wohnformen sind weitere gut geplante Projekte in dieser Hinsicht wünschenswert. Das Thema „gemeinschaftliches Wohnen“ wurde dieses Jahr in das Wohnungsentwicklungsprogramm der Stadt Heidelberg aufgenommen.

Zugang zum Arbeitsmarkt

Das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) steht für den umfassendsten arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Umbau in der Geschichte der Bundesrepublik. Dessen Instrumentierungen setzen den entscheidenden Rahmen für die Ausgestaltung künftiger Arbeitsmarktpolitik, auch in Heidelberg. Mit dieser Tatsache verbindet sich zugleich nicht nur die Notwendigkeit, Hartz IV so umzusetzen, dass die Betroffenen bestmöglich betreut werden. Es genügt nicht Arbeitsplätze zu schaffen, die eine hohe Fachlichkeit und Qualifikation voraussetzen. Es müssen auch Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, die von Menschen mit eingeschränkten Fähigkeiten wahrgenommen bzw. ausgefüllt werden können und deren Entlohnung ausreicht, unabhängig von ergänzender öffentlicher Hilfe zu leben.

Die Zielsetzungen des Sozialgesetzbuches II, das „Fördern und Fordern“, stehen in der Umsetzung bisweilen nicht in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander. Die zur Verfügung stehenden beschäftigungsfördernden Instrumente sind nicht ausreichend. Flankierende Programme zur öffentlich geförderten Beschäftigung sind notwendig. Die Kommune kann dies durch eigene Maßnahmen unterstützen und ergänzen. Die Stadt Heidelberg engagiert sich z.B. im Rahmen des Programms aktive Beschäftigungspolitik und stellt zusätzliche Mittel für Beschäftigungsmaßnahmen zur Verfügung.

Ungeachtet dessen müssen mit Blick auf den anhaltenden Strukturwandel kommunalpolitische Interventionen dazu beitragen, einen hohen Beschäftigungsstand zu erzielen und aufrecht zu erhalten, die Beschäftigungsstruktur, einschließlich der Weiterentwicklung der Beschäftigungsfähigkeit durch Ausbildung und Qualifizierung ständig zu verbessern sowie insbesondere das Wirtschaftswachstum zu fördern. Wirtschaftsförderung ist Integrationsmotor für Erwerbslose, Migrantinnen und Migranten, Jugendliche und auch behinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

3) Zum weiteren Vorgehen

Diese drei genannten Handlungsfelder zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung sind auch von zentraler Bedeutung, wenn es um die Entwicklung einer Gesamtstrategie für die kommunale Familienpolitik in Heidelberg geht. Die Erarbeitung einer solchen Gesamtstrategie bietet sich deshalb als erste Konsequenz aus dem Bericht zur Sozialen Lage an. Teilbereiche der genannten Handlungsfelder, die keinen oder wenig Bezug zur Familienpolitik haben, werden aber nicht vernachlässigt, sondern in enger Abstimmung parallel weiter bearbeitet.

Der bisherige, projektbegleitende Arbeitskreis wird, unter der Leitung von Dezernat III, in gleicher Zusammensetzung bestehen bleiben und zur Entwicklung von Handlungsstrategien und Maßnahmen, die sich aus den Ergebnissen des Berichts zur Sozialen Lage ergeben, seinen Beitrag leisten.

Es ist vorgesehen, im Arbeitskreis zunächst die Ergebnisse der Beratung des Berichts zur Sozialen Lage in den gemeinderätlichen Gremien auszuwerten und daraus dann die nächsten Vorgehensschritte abzuleiten.

gez.

Prof. Dr. Raban von der Malsburg

Anlagen zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg – quantitative Ergebnisse
A 2	Inhaltlicher Antrag der SPD-Fraktion mit Datum vom 08.10.2007
A 3	Inhaltlicher Antrag der BL mit Datum vom 07.10.2007
A 4	Inhaltlicher Antrag der SPD-Fraktion mit Datum vom 09.10.2007